



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Donnerstag, den 10. März 1887.

Nr. 115.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

26. Plenarsitzung vom 9. März.

Am Ministertische: Staatsminister Dr. Lucius, v. Bötticher.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Abg. Schmidt-Sagan hat mit Rücksicht auf sein Reichstagsmandat sein Schriftführeramt niedergelegt.

Die bisher noch nicht vereideten Mitglieder des Hauses, die Abgg. Dr. Arendt, Dr. Dürre, Dr. Hermes, Münch, Friedrichs, von Gröben, Kersten und Stöpel werden in der üblichen feierlichen Form auf die Verfassung vereidigt.

Der Entwurf über die Errichtung von händelverfassen Fideikommissen und die Vorlage betreffend die Aufhebung des Amtsgerichts zu Budau werden unverändert in dritter Lesung angenommen.

Es folgt die dritte Berathung des Entwurfs über die Organisation der ländlichen Berufsgenossenschaften.

In der Generaldiskussion erklärt

Abg. von Sauten-Larputsch (freis.) auf eine prinzipielle Erörterung der Berufsgenossenschaften in diesem Momente verzichten zu wollen. Seine politischen Freunde würden für die Vorlage stimmen, da sie diese als ein geeignetes Mittel hielten, daß auch die ländlichen Arbeiter in gleicher Weise geschützt würden, wie es bereits mit den industriellen Arbeitern geschehen ist.

Abg. v. Tiedemann-Bomk (freis.) hält gegenüber den Ausführungen in der zweiten Lesung der Vorlage an seiner Behauptung fest, daß die Kosten der Berufsgenossenschaften sehr hoch seien und daß die Trennung von landwirtschaftlichen Betrieben und Nebenbetrieben sich bald als Nothwendigkeit herausstellen werde.

Minister v. Bötticher erwidert, daß bei der Organisation und Zusammenlegung verschiedener Berufsgenossenschaften die Verhältnisse genau zu prüfen wären, damit nicht Organisationen begründet würden, die sich nachher als nicht lebensfähig erweisen könnten. Man müsse daher erst weitere Erfahrungen abwarten. Die vom Vorredner wieder aufgestellte Behauptung von den großen Kosten der Brennerel-Berufsgenossenschaften bewiese noch nichts gegen die Berufsgenossenschaften überhaupt; die Kosten der Berufsgenossenschaften hängen allein von der Art der Organisation ab. Die Organisation sei sehr verschiedenartig angefaßt worden: Allen, die an der

billigen Gestaltung der Berufsgenossenschaften Interesse haben, empfehle er das Studium der Rechnungen über die Berufsgenossenschaften; dann würde es für die Zukunft leicht werden, billigere Organisationen zu schaffen. (Beifall.)

Abg. Dr. Meyer (freis.): Abg. von Tiedemann steht den Berufsgenossenschaften ebenso kritisch gegenüber wie wir, aber er nennt seine Kritik positiv, die unsere negativ. Das ist derselbe Gedanke, als wenn man sagt, die Konservern sind gut, wir sind schlecht, das Opfer Kain's ist Gott wohlgefällig, das Opfer Kain's aber nicht. (Heiterkeit.) Herr v. Tiedemann polemisiert gegen diese Unfallgesetzgebung genau ebenso wie wir seiner Zeit im Reichstage. Auch haben wir damals im Reichstage eingewandt, daß wir mit diesem Gesetz noch immer zu keiner Verhütung der Unfälle kommen. Dazu ist die Individualisierung der Risiken nothwendig, ähnlich, wie es bei der Feuerversicherung gebräuchlich ist. Dazu bedarf es einer technischen Kraft, die auch finanziell an der Unfallverhütung interessiert ist. Wir sehen jetzt, daß unsere früheren Bedenken immer mehr zur Geltung kommen, und glauben wir, daß eine entscheidende Reorganisation der Unfallgesetzgebung für nicht zu ferne Zeit zu erwarten ist.

Abg. v. Hülse (kons.) wünscht im Interesse der Vereinfachung der Organisation einen engeren Anschluß der einzelnen Sektionen an die Kreisverwaltung.

Nach kurzen persönlichen Auseinandersetzungen zwischen den Abgg. v. Tiedemann, Dr. Kleinhold und Dr. Meyer wird die Diskussion geschlossen und die Vorlage unverändert angenommen.

Der Entwurf betr. die Aufhebung älterer Verordnungen über das Feuerlöschwesen in Schlesien paßirt debattelos die dritte Lesung, der Bericht der Staatsschulden-Kommission wird durch Kenntnisaufnahme erledigt.

Das Haus geht über die Petition des Arztes Dr. Schütz in Köln — betr. die ihm durch Polizeiverordnung auferlegte Verpflichtung zum Anschluß ihrer Grundstücke an die städtische Wasserleitung — zur Tagesordnung über.

Der Schneidermeister Tenzer in Oberkantsch petitionirt um Ertheilung der Erlaubniß, seine Töchter in die von Schulschwestern geleitete Mädchenschule zu Weiskammer zu schicken.

Ein Antrag der Kommission zu dieser Petition liegt nicht vor, da der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung in der Kommission mit 8 gegen 8 Stimmen abgelehnt worden ist.

mend für die übrigen. Außer bei Festaseln war das Essen einfach. Der Fürst trank dazu gewöhnlich eine halbe Flasche Bier und ein Glas Tischwein. Mit seinem lebhaften Geist und seiner sprudelnden Unterhaltungsgabe führte er das Gespräch bei Tisch, wenn nicht etwa die Last der Geschäfte ihn drückte oder irgend ein unangenehmer Zwischenfall ihn verstimmt hatte. Es war stets leicht, seine Stimmung ihm am Gesicht abzulesen, so wenig Verstellungskunst war ihm eigen. Aber selbst dann hatte nach der Suppe schon sein unverwundlicher Humor und die jugendfrische Heiterkeit es über die finstere Stimmung gewonnen und er war heiter wie immer. In seiner Unterhaltung karikierte er gern, ohne es irgend böse zu meinen. Er vergrößerte absichtlich irgend eine schwache oder unschöne Seite an einem Menschen oder Gegenstand und stellte dadurch die Person oder Sache in ein überraschendes, komisches Licht. Diese Eigenthümlichkeit seiner Natur hat manche Mißverständnisse verschuldet und manchen Feind ihm zugezogen, obwohl ihm stets bei seiner natürlichen gewinnenden Lebenswürdigkeit und der harmlosen Art seines Scherzes eine Verletzung Anderer fern lag. Wenn er wirklich ein vernichtendes Urtheil über eine Person oder eine Sache zum Ausdruck bringen wollte, standen ihm auch hierfür die nöthigen Register zur Verfügung. Interessant war die Unterhaltung stets, wenn auch nicht von gelehrten Gegenständen gesprochen wurde. Ein Gelehrter wollte der Fürst nicht sein, er er schien sogar ein kleines Vorurtheil gegen diese Menschenklasse zu hegen. Wenn das Gespräch auf gelehrte Gegenstände führte, hielt er seine Ansicht bescheiden zurück. Ich erinnere mich, wie er einst erzählte, ein frem-

Abg. v. Schendendorff (natl.) beantragt über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Dr. Peters (Zentr.) stellt dagegen den Antrag, die Petition der Regierung zu nochmaliger Erwägung zu überweisen.

Abg. Seyffarth-Magdeburg (natl.) führt aus, daß gar keine sachlichen Gründe für diese Petition vorlägen, während die Disziplin der preussischen Schule arg geschädigt würde, wenn es preussischen Eltern gestattet würde, ihre Töchter nach Oesterreich zur Schule zu schicken.

Abg. Conrad (Zentr.) tritt für die Position ein. Das Gesetz gestatte sehr wohl Ausnahmen und gebe den Reichen das Recht, ihre Kinder privatim unterrichten zu lassen, gleichviel, ob der Privatlehrer deutsch oder russisch oder englisch sei. (Widerpruch rechts.) Die aus Preußen ausgewiesenen Schulschwestern seien durchaus national gesinnt, ihr Unterricht sei ebenso gut wie der in der preussischen Volksschule. Im Namen der Kinder jenes Ortes bitte er um Gewährung der Petition.

Abg. Sack (freis.) bezeichnet es als völlig unthunlich, daß Kindern preussischer, in Preußen wohnender Eltern gestattet werden könne, eine österreichische Schule zu besuchen. Der Schulweg, den die Kinder dort bis zur preussischen Volksschule zurücklegen haben, sei weit geringer als die Entfernung, die in Ostpreußen vielfach zwischen der Schule und den Wohnungen der Eltern bestehe.

Abg. Freiherr v. Schorlemer-Alst: Man bezeichnet es als ein nationales Verbrechen, daß preussische Kinder eine österreichische Klosterschule besuchen sollen — aber bis zum Jahre 1886 ist den Kindern der Besuch dieser Schule doch erlaubt worden, gar so schrecklich kann die Sache doch also nicht sein. Ich kann es auch nicht als einen Faktor nationaler Erziehung ansehen, wenn Mädchen fünf Kilometer bis zur Schule gehen müssen. Es ist dann auch betont worden, daß der Unterricht der Schulschwestern nicht national genug sein könnte, wie man ja auch in Preußen aus gleichen nationalen Befürchtungen den Ordensfrauen das Lehren des Strickens verboten hat. (Zustimmung im Centrum.) Die Herren verstehen aber unter national nur immer national-liberal. Es handelt sich hier um Mädchen bis zu 14 Jahren — glauben Sie, daß es gut ist, da von nationalen Gesichtspunkten zu sprechen. (Widerpruch rechts.) Ein guter Religionsunterricht, Lesen und Stricken thut ihnen mehr noth. Auf weitere Ausführungen

der Gelehrter habe geäußert, es gebe in Sofia höchstens fünf Gelehrte und dann an einen aus seiner Umgebung sich wandte mit den Worten: „Ob er wohl uns zwei auch dazu gerechnet hat?“

Sein natürlicher Verstand war bewundernswürth, seine rasche Menschenkenntniß erstaunlich. Er hat mir in der ersten Audienz die einzelnen Persönlichkeiten seiner Umgebung der Reihe nach mit wenigen Worten so treffend charakterisirt — wann auch unter etwas karikirender Beleuchtung — daß ich sie sofort erkannte.

Was dem Fürsten sehr zu Statten kam, war seine Erziehung. Nicht in der engen Abgeschlossenheit eines Fürstenthums, sondern in dem Gymnasium zu Darmstadt und später in der bekannten Anstalt in Schnepfenthal und der Dresdener Kadettenschule lernte er und maß er sich mit gleichaltrigen Genossen aus allen Ständen der Gesellschaft.

Dabei ist der Weg vom Verstand zum Willen bei ihm nicht weit: er liebte die raschen Entscheidungen und das energische Handeln, ohne deswegen unüberlegt und unbesonnen zu sein. War er einmal voll Selbstvertrauen ins Handeln eingetreten, lenkte ihn kein Zweifel oder Einwurf, keine Schwierigkeit oder Hinderniß mehr von dem Ziele, das er sich vorgenommen, ab. Ich weiß nicht, ob es einen Fürsten gegeben hat, der von Anfang seiner Regierung an in so schwieriger, kritischer Stellung eingeklemmt zwischen Rußland und den übrigen Großmächten, zugleich im Souveränitätsverhältniß zur Türkei, umgeben von eifersüchtigen Nachbarn, beengt durch eine übertrieben freie Verfassung, stets und prinzipiell angefeindet von der Dondukow'schen Partei, die

will ich verzichten, Sie werden aus nat'ralen Gründen sagen: „Der Bienen muß“ und damit zur Tagesordnung übergehen.

Nachdem die Abgg. Reimers (nat.-lib.) und v. Schendendorff sich nochmals gegen die Petition ausgesprochen, wird dieselbe durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Die Petitionen von Volksschullehrern um Erlass eines Dotationsgesetzes werden der Regierung als Material für die gesetzliche Regelung der Schuldotationsfrage, die Petitionen um Erlass eines Pensionsgesetzes für Lehrer und Lehrerinnen an Mittelschulen zur nochmaligen Berücksichtigung überwiehen.

Hierauf verläßt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr.

Tages-Ordnung: Kleinere Vorlagen und Petitionen.

Schluß 2 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 9. März. In früher Morgenstunde, gegen $\frac{1}{2}$ 8 Uhr, ist heute Herbrand von Lesses auf dem Bahnhofe Friedrichstraße eingetroffen. Kurz nach 7 Uhr schon erschienen auf dem Perron für den Fernverkehr einige Herren im schwarzen Gesellschafts-Anzuge, mit Zylinder und feierlicher Miene. Bald betrug die französische Gemeinde etwa 20 Personen, eine fröhliche Kauferie entwickelte sich und „Monsieur de Lesses“ ging es von Mund zu Mund. Da kam der Botschafter Frankreichs am deutschen Hofe, Jules Herbrand, in einen Pelz gehüllt, schnell die Treppe herauf begrüßte mit Lebhaftigkeit die Herren, zeigte ihnen eine Depeche — und in diesem Augenblick fuhr auch schon der Schnellzug in die Halle ein. Man suchte und fand ihn nicht den „großen Franzosen“. Einige Minuten vergingen, man suchte mit den Köpfen und hielt zweifelnd Umschau, man blickte noch einmal auf die Depeche. Da trat der Inspektor an den Botschafter heran. „Sie suchen Herrn von Lesses?“ — „Ja.“ — „Ich glaube, im ersten Wagen!“ Ellen des Schrittes ging der Botschafter den Zug entlang, zwischen die den Weg versperrenden Post- und Gepädwagen durch nach dem ersten Wagen. Lesses trat aus der Thür und elastisch, fast jugendlich sprang er die Treppe herunter, dem Botschafter entgegen, ihn umarmend und küßend. Das Alter scheint ihm seine Macht nicht empfinden zu lassen. Er trug einen einfachen, kurzen Winterüberzieher, den er geöffnet hatte, solett war der kleine Schnurrbart gebreht, nur die Tausend Falten und Fältchen im

ihre Sendlinge theils im russischen Offizierkorps, theils in der offiziellen diplomatischen Vertretung hatte, so klug und geschickt, so energisch und nachgiebig zur rechten Zeit, so stets das Rechte treffend, sich erwiesen hat. Dabei war er ein Fremdling für sein Volk und die feindliche russische Partei sorgte dafür, daß das Volk wisse, daß er kein Slave und kein Orthodoxer, sondern ein „Nemec“ und Protestant sei, was in den Ohren des Volkes ungefähr klang, wie ein Slawenfeind und Ungläubiger. Von den vielgenannten Persönlichkeiten, die in Bulgarien abwechselnd Verschwörungen und Ministerien bildeten, sagt Hofprediger Koch: „Sie haben in allen möglichen Hauptstädten Europas nur in untergeordneten Stellungen und Lebenslagen sich bewegt und so nur die schlechte Seite der europäischen Bildung kennen gelernt und sich angeeignet. Zudem sind es zum Theil dieselben Männer, die in Türkenzeiten sich daran gewöhnt hatten, ihren Lebenszweck darin zu sehen, zu agitieren, zu intriguen und konspirieren, so daß sie es jetzt gar nicht mehr lassen können und ihnen das Staatsleben als ein ihnen von Rechtswegen zukommender Lummelplatz für Opposition und Agitation ansehn. Opposition und Agitation um jeden Preis und mit jedem Mittel ist ihnen Selbstzweck; die nächstliegenden höheren Ziele fehlen meist oder sind erst — wenigstens der Mehrzahl, einige löbliche Ausnahmen waren immer vorhanden — in letzterer Zeit ihnen aufgegangen. Die beiden Hauptparteien waren eigentlich in ihren Zielen eins, und nur durch die Personen der Leiter getrennt.“

Feuilleton.

Fürst Alexander von Bulgarien und sein Hof.

In went! Tagen wird das interessante Memoirenwerk über den Fürsten Alexander von Bulgarien und seinen Hof, aus der Feder seines wüthigen Gefährten und Begleiters Hofprediger Koch stammend, im Verlage von A. Bergsträßer in Darmstadt erscheinen. Ein kleiner Theil des Werkes liegt heute im Büstenabzuge vor, und da die Ereignisse in Bulgarien jetzt wieder alle Welt in voller Spannung halten, wollen wir hier einiges über das Leben und die Umgebung des Fürsten Alexander im Konak von Sofia folgen lassen. Hofprediger Koch erzählt vom Fürsten Alexander's Tafelrunde:

Es war im Ganzen eine recht jugendliche Gesellschaft, in die ich trat — ich war der Älteste unter ihnen mit meinen 36 Jahren — und Alle kamen mir mit Lebenswürdigkeit entgegen. Während alle der Jahre, die ich am Hofe war, ist fast nie ein Mißton vorgekommen. Bei der offenen, geraden Natur des Fürsten war freilich auch eine Hof-Intrigue unmöglich. Es herrschte keine steife Etikette. Der natürliche Takt und das Anstandsgefühl regelte das Benehmen. Nie sah ich — ich fasse bei dieser Gelegenheit Alles, was ich in der Zeit meines Aufenthaltes am Hofe erlebt und erfahren, zusammen — die kleinste Ueberschreitung des Maaßes im Trinken oder Reden. Doch herrschte stets ungezwungene Heiterkeit. Maßgebend dabei war die Persönlichkeit des Fürsten. Bei Tisch war seine Mäßigkeit bestim-

Geficht, das schneeweiße, kurzgeschchnittene Haar ließen auf die 82 Jahre schließen. Die Augen funkelten jugendlich, als der berühmte Gast von dem Botschafter den anwesenden Herren vorgestellt wurde. Mit Jedem sprach er, Jedem drückte er die Hände, dann reichte er dem Botschafter den Arm, und Beide wandten sich der Treppe zu. Unaufhörlich bewegten sich seine Lippen, er hatte anscheinend Vieles dem Botschafter zu erzählen. Unterdeffen hatten sich die Reisenden, ihre Angehörigen, das Bahnhofs-Personal angesammelt, es war schnell bekannt geworden, wer der „Kleine Herr“ war, und „das ist Leffers!“ — der hat den Suez-Kanal gebaut! den habe ich mir ganz anders gedacht!“ unterhielt man sich. Ein Kuriosum ereignete sich noch. Der Botschafter hatte mit seinem Gast einen falschen Weg genommen, die Herren waren alle gefolgt und standen plötzlich vor dem Gelaß der Aufwartefrau in der unteren Halle. Groß war die Heiterkeit. Man lehrte um und mußte die Treppen noch einmal steigen. Der Botschafter mit Herrn von Leffers in die Equipage, ihnen folgte noch ein junger blühender Mann mit einem großen Bouquet aus Veilchen und Hyacinthen, einer seiner Söhne. Die Herren grüßten und der Wagen rollte davon nach dem Botschafterhotel. In den Vormittagsstunden sah man die drei Herren im offenen Gefährt die Straßen Berlins durchfahren. Die Passanten erkannten den berühmten Gast vielfach.

— Zwischen Lübeck und den beiden Großherzogthümern Mecklenburg schwebt seit längerer Zeit ein Grenzstreit, der zu verschiedenen Anträgen an den Bundesrath geführt hat. Neuerdings hat sich Lübeck, in Uebereinstimmung mit den Regierungen der beiden Großherzogthümer, damit einverstanden erklärt, daß die Erledigung des Grenzstreites einem deutschen Gerichte übertragen und daß die drei betheiligten Staaten verpflichtet erklärt werden, sich dem Schiedsspruche des beauftragten Gerichtshofes zu unterwerfen. Die Lübeckische Regierung unterbreitet zugleich dem Bundesrath eine sehr umfassende Darstellung über ihre Rechtsansprüche, für welche sie außerdem die Gutachten der Professoren Dr. Schröder in Göttingen und Dr. Laband in Straßburg anführt.

— Wie die „Post“ hört, sind von den 330 Vereinen in Elsaß-Lothringen an 200 von den Kreis- und Polizei-Direktionen als antideutsch bezeichnet worden.

— Es liegen nun eine Anzahl russischer Stimmen über die Vorgänge in Bulgarien vor; eine hochoffizielle Mittheilung lautet:

Petersburg, 9. März. Das „Journal de St. Petersburg“ sagt bezüglich der Hinrichtungen in Bulgarien, diese Handlungen empörender Brutalität hätten nun endlich die öffentliche Meinung über den Werth der vermeintlichen Vertheidiger der Ordnung aufgeklärt. Die Pforte habe auf Ansuchen des russischen Botschafters, der von dem deutschen Botschafter unterstützt wurde, Riza Bey beauftragt, die Gefangenen zu besuchen und zum wenigsten den Grausamkeiten Einhalt zu thun, welchen der Vertreter des Sultans nicht hätte gleichgültig zusehen können, ohne die suzeräne Autorität zu kompromittiren und die Ufurpatoren zu ermuthigen. Man dürfe hoffen, daß diese Ausforschungen endlich die Ueberzeugung herbeiführen würden, daß es geboten sei, dem Martyrium des armen Volkes, welches durch Russlands Hingebung ins Leben gerufen, aber durch zu große Toleranz seitens Europas der Anarchie überliefert worden sei, ein Ende zu machen. Auch die Gebuld habe ihre Grenzen; diese Grenzen seien aber bereits überschritten.

Die Vorgänge, welche von dem „J. v. St. B.“ hervorgehoben werden, beziehen sich auf die Verhaftungen in Sofia. Den berechtigten Forderungen Russlands bezüglich Bulgariens wird sich Europa, wie schon oft konstatiert wurde, nicht entziehen.

Moskau, 7. März. Die „Moskowskaja Wjedomosti“ bespricht die Hinrichtungen in Rußschul und verherrlicht das Angehen der ohne persönlichen Interesse als Zeugen für Pflicht und Wahrheit in männlichem Proteste gegen die unglückselige schimpfliche Lage ihrer Heimath und gegen die Unterdrückung und Verräther der selben Hingemordeten. Ihr Ehrenthod werde Ereignisse gebären, er werde die Geschichte in Bewegung setzen. Die Zeitung drückt ihre Entrüstung aus, daß der Nord unter den Augen des zivilisierten Europa mit wenn nicht direkt offener, so doch heimlicher Billigung dieser Regierungen begangen werden könnte und schließt: Wir werden nicht vergessen, daß diese Leute als Opfer ihrer Ergebenheit für Rußland fielen und als Zeugen jener engen Bande, welche ihre Nation mit Rußland verknüpfen.

London, 8. März. „Reuter's Office“ meldet aus Wien:

In russischen Kreisen sieht man eine mächtige Reaktion der jüngsten Ereignisse in Bulgarien auf das russische Nationalgefühl voraus, neigt aber gleichwohl zu der Ueberzeugung, daß die offizielle russische Politik sich dadurch nicht aus ihrer Bahn werden drängen lassen und bei der Politik der Nichtaktion um so mehr verharren werde, als nach russischer Auffassung die Lage in Bulgarien die Regiererschaft früher oder später völlig ad absurdum führen müsse und als diese Lage und die von der bulgarischen Regierung ergriffenen Repressalien nur geeignet seien, die unzweifelhafte vorhandene Tendenz der Annäherung und Verständigung der nächstinteressirten Staaten zu befestigen. Aehnliche Hoffnungen und Erwartungen

hört man auch in Kreisen aussprechen, die der österreichischen Regierung nahestehen.

Ausland.

Paris, 7. März. Des Ministers Vorbild findet Nachahmung, auch die Korpskommandanten halten jetzt patriotische Reden. Die Ansprache Cornats, des Oberbefehlshabers des 18. Korps (Bordeaux) macht einiges Aufsehen, weil derselbe als Vertrauter Boulangers gilt. Mit der Hand am Degen gab der General die friedlichsten Versicherungen; wenn er übrigens behauptete, das französische Heer sei viel stärker, als man im allgemeinen im Auslande und vielleicht auch in Frankreich voraussetze, so sind das nur Redensarten, die in Deutschland Furcht und in Frankreich Vertrauen in die Armee wecken sollen. Mit solchen Spiegelbergereien erreicht der General, wenigstens was das Ausland angeht, seinen Zweck nicht; man weiß dort sehr genau, daß das französische Heer, besonders in seinem jetzigen Zustande, kein zu verachtender Gegner ist, man kennt aber anderseits ebenso genau dessen Schwächen. In Frankreich selbst haben derartige Proklamationen eine andere Wirkung; sie tragen dazu bei, der alten Legende, welche sich noch jüngst bei dem Balkankampf in Elsaß-Lothringen als fruchtbar erwiesen hat, wieder Glauben zu verschaffen, daß nämlich in einem Kriege mit Deutschland Frankreich die erste Schlacht gewinnen und sich dann dauernd in Elsaß-Lothringen einnisten werde.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 10. März. Nach einem Erlaß der Minister des Innern, für Landwirthschaft und des Kriegsministers sind für die Besetzung derjenigen Gemeinde- und Anstalts-Försterstellen, welche einschließlich des Werths etwaiger Nebeneinkünfte ein Jahreseinkommen von mindestens 750 Mark gewähren, aber eine weitergehende Befähigung als die eines Försters nicht verlangen, folgende Bestimmungen maßgebend: Der anstellende Behörde steht, nach Maßgabe der Vorgeschrift, die freie Wahl zu unter den Forstverforgungsberechtigten, einschließlich der Inhaber des „beschränkten Forstverforgungsgeldscheins“, ferner unter den Inhabern einer Förster- oder Revierförsterstelle im Staatsdienste oder einer solchen Försterstellen im Gemeinde- oder Anstaltsdienste, welche mindestens 750 Mark Jahreseinkommen gewährt. Bewerber sich keine Anwärter der Art, aber Reservekandidaten der Klasse A (mit Einschluß von A II), so ist nach freier Wahl einem solchen die Stelle zu übertragen. Die Forstverforgungsberechtigten und die Reservekandidaten dürfen aber nur dann angestellt werden, wenn sie schriftlich erklären, durch die Anstellung ihre Forstverforgungsansprüche als erfüllt zu betrachten. Die Inhaber des beschränkten Forstverforgungsgeldscheins und die Jäger der Klasse A II haben diese Erklärung nicht abzugeben. Von denjenigen Anwärtern, welche die Försterprüfung noch nicht abgelegt haben, kann das Bestehen dieser Prüfung gefordert werden. Bei Stellen mit einem Jahreseinkommen von 1000 Mark und darüber hat die Regierung den vier ältesten auf ihrer Liste der Forstverforgungsberechtigten befindlichen Anwärtern besondere Nachricht zu geben und ihnen zu überlassen, ob sie sich um die Stelle bewerben wollen. Von der getroffenen Wahl hat die anstellende Behörde unverzüglich, unter Einreichung der Wahlverhandlung und der erforderlichen Beglaubigungen des Gewählten, dem Regierungspräsidenten (der Regierung) Anzeige zu erstatten und dabei anzugeben, welche Anwärter sich überhaupt beworben haben.

— Am 16. März wird in Grabow auf dem neu errichteten Marktplatz (Langestraße 80) der erste Viehmarkt abgehalten werden.

— Die unwahre Angabe vor dem Standesbeamten bei der Geburtsanmeldung eines unehelichen Kindes, daß die Mutter des Kindes verheirathet und also das Kind ein eheliches sei, ist nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 4. Strafsenats, vom 4. Januar d. J., wegen Veränderrung des Personenstandes aus § 169 des Strafgesetzbuchs zu bestrafen.

— Die Bestimmung des § 9 des preussischen Gesetzes vom 12. Februar 1850 zum Schutz der persönlichen Freiheit, wonach das Verbot des Eindringens in eine Wohnung während der Nachtzeit nicht den Fall eines aus dem Innern der Wohnung hervorgegangenen Anschlusses begreift, findet nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 4. Strafsenats, vom 4. Januar d. J., auch auf den Fall Anwendung, wenn der Anschlender sich außerhalb der Wohnung befindet; auch in diesem Falle ist das Eindringen in die betreffende Wohnung während der Nachtzeit gestattet.

— Bei der königl. Polizei-Direktion sind seit dem 21. v. M. gemeldet:

Gefunden: 1 schadhafte rothwollene Pferdebede — 1 vieredrige Wagenlaterne — 1 messingene Uhrkette mit 2 goldenen Schlüsseln — 1 Portemonnaie mit 4 M. 21 Pfg. und 1 Portemonnaiekalender — 1 schwarze Muffe — 1 Schachtel mit Pulvern für Frau Gröning — 1 Einsapfassen mit 2 Bittergemäßen, 1 Blechpfanzen zc. — 1 Dienstbuch für Anna Gule — 6 Schlüssel am Ringe — 1 Kanarienvogel — 2 weiße Chemisettes — 1 Peitsche — 1 Hausthürschlüssel — 1 anscheinend goldener Chemisettenknopf — 1 goldener Trauring, gez. E. B. 30. 12. 86. — 1 weißes Taschentuch, gez. E. R. 12. (Verschlungen) — 1 schwarzwollenes Damenkopftuch — 1 Portemonnaie mit 2 M. 78 Pfg. und 2 kleinen

Schlüsseln — 1 gold. Armband — 1 Hundemaulkorb von Draht mit Steuermark Nr. 43 für 1886 — 1 rother Kinderstrumpf — 1 Stück weiße Leinwand, 1 Meter groß, gez. „Gretche“ — 1 Notizbuch nebst Altesen für Otto Wally — 1 Stahlbrille mit Futteral — 1 Dienstbuch für Ida Stein — 1 Schlüssel — 3 kleine Schlüssel an messingener Kette — 1 Dienstbuch für Emilie Billebeck.

Bei der Pferdebahn gefunden und aufbewahrt:

1) im Depot Oberwiel: 1 blauer und 1 schwarzer Regenschirm — 1 Paar schwarze Glaceehandschuhe; 2) im Depot Züllchow: 1 Portemonnaie mit 51 Pfg. — 1 Portemonnaie mit 45 Pfg. — 1 Portemonnaie mit 7 M. 16 Pfg. und Rezepten — 1 Paar Simli-Ohringe — 1 Brille mit Futteral — 1 Schlittschuh — 1 Stück Tuch; 3) im Depot Westend: 1 Paar schwarze, lederne Handschuhe — 1 weißes Taschentuch, gez. H. — 1 schwarzer Regenschirm — 1 schwarze Reisetasche, enth. 1 Schlips, Bürste, Kamm, Hemde zc.

Die Verlierer wollen ihr Eigenthums-Recht binnen drei Monaten geltend machen.

Verloren: 1 goldene Ankeruhr, welche auf der inneren Seite der Kapsel gezeichnet ist „Gespfnr 1866“ — 1 kleine schwarze Taschenuhr, worin 1 Portemonnaie mit 4—5 M., 1 Brille und Hahelarbeit enthalten war — 1 silbernes Armband mit 4 Münzen und 20 Pfg. — 1 schwarzes Portemonnaie, enthaltend 1 Zwanzigmarkstück und 4 Einmarkstücke — 1 neue braune Kleidtaile — 1 goldener Trauring, gez. E. R. 1886 — 1 Paar graue waschlederne Handschuhe, innen mit rothwollenen Futter — 30 M. in Papier gewickelt — 1 Paar seidene Strümpfe, 2 Knäuel Garn — 1 silberne Damen-Zylinderuhr — 1 große Stahlsechere — 1 Portemonnaie, enthaltend 2 kleine Schlüssel und 2 Taschmarken von Neubauer — 1 Taschentuch, gez. D. Sch. — 1 Entreeschlüssel.

Theater, Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Kleine Preise (Parquet 1 Mark zc.). „Lucia von Lammermoor.“ Oper in 3 Akten.

Freitag. Stadttheater: Benefiz für Frä. Springer. „Von Sieben die Hässlicste.“

München, 9. März. Laut dem soeben perfekt gewordenen Uebereinkommen zwischen den Erben Richard Wagner's und der Hoftheater-Intendant steht das Urheberrecht an Parsifal den Erben mit der Verpflichtung zu, das Werkes Auf-führung seiner Bühne als der Bayerischen zu gestatten, bevor nicht während zweier Jahre das Aufführungsrecht der hiesigen Hofbühne eingeräumt war. Das Urheberrecht an Wagners Jugendwerken: „Die Feen“ und „Liebesverbot“ steht König Otto als Nachfolger König Ludwigs zu. „Die Feen“ gelangen in diesem Sommer an dem hiesigen Hoftheater zur Aufführung.

Bermischte Nachrichten.

Elbing, 9. März. Der bekannte Weinfälschungs-Montreprozeß, welcher im Mai v. J. die Strafkammer des Landgerichts in Danzig mehrere Tage beschäftigt hatte, gelangte gestern und heute vor dem Landgericht zu Elbing nochmals zur Verhandlung. Die Weinhandler, Hoflieferanten Gebrüder Wilhelm und Albert Juende, Brandt, Ulrich und Kiesel aus Danzig sind bekanntlich durch das Danziger Urtheil vom 31. Mai v. J. freigesprochen worden. Die Staatsanwaltschaft hatte aber gegen dieses Erkenntniß die Revision eingelegt. Das Reichsgericht gab der Revision statt und verwies die Sache zur abermaligen Verhandlung an das hiesige Landgericht. Wilhelm und Albert Juende sind in neun einzelnen Fällen der Nachahmung, Verfälschung, des Verkaufes und Heilhaltens verschmittener Bordeauxweine beschuldigt. Wilhelm Juende erklärte, in Frankreich werde seit 8 Jahren kein guter Wein erzeugt, er mußte daher Grüneberger Wein kaufen, um denselben mit französischem Nothwein zu mischen und auf diese Weise billigen und gesunden Nothwein zu erzielen. Der Verschmittweinverkauf habe 1883 begonnen. Ungarwein würde aus deutschem Weiswein mit Zuckersah gemacht. Der Zusatz von Wasser zum Weine sei erforderlich, um dem Verschmittwein den Charakter eines französischen Nothweins zu geben. Das Wasser sei notwendig, weil sonst der Wein zu voll sein würde, und andererseits bedürfe es des Spritzsahses, weil das Wasser zugekommen sei. Das Verschmittbuch bis zum Jahre 1880 wäre vernichtet worden. Ungarwein sei für das Lazareth erst dann als Verschmitt gegeben worden, als Dr. Baum einen Ungarwein für 2 Mark verlangte. Albert Juende schloß sich den Aussagen seines Bruders an. Angeklagter Brandt will durch den Verschmitt eine billigere Sorte trinkbaren Nothwein hergestellt und für Konsumenten ad libitum, doch nicht nach dem Namen des Ursprungortes etikettirt haben. Auf dem Preislabel und den Fakturen sei die Etikette oder die Bezeichnung „Nomme“ enthalten gewesen. Das Publikum verlange schon für 10 Mark 10 Pf. reinen Bordeaux, der aber für diesen Preis nicht zu haben sei. Sonst würden die Weine je nach Umständen bezeichnet. Er habe die Façon und die Etikettes für genügend gehalten, um das

Publikum aufzuklären, daß es Verschmittweine seien. — Der Vorsitzende hält diese Aufklärung doch für sehr unwahrscheinlich, wenn man auch auf diese Bezeichnung eingehen wollte. Die Etikettes seien erst aufgelegt worden, wenn dem Gast der Wein gebracht worden sei. Die Bezeichnung „Nomme“ befand sich in auffallend kleiner Schrift in der Krone des Etikettes. Der Vorsitzende bemerkt, es hätte, wenn die Bezeichnung den Zweck haben sollte, das Publikum aufmerksam zu machen, die Schrift größer sein sollen. Auf den Plakaten und dem Preisfouren des Angeklagten Brandt steht unter Anderem „Nothwein, veredelter Wein mehrerer Länder“. Angeklagter Kiesel giebt zu, Grüneberger Wein und französischen Nothwein zur Hälfte gemischt und die Mischung als Nothwein, St. Julien in Handel gegeben zu haben, ohne Zusatz von Façon. Auf die Frage des Vorsitzenden, weshalb er den Zusatz unterlassen, antwortete der Angeklagte, das Publikum glaube es ihm doch nicht, das Publikum wolle Weine zu 80 Pf. haben. Auf die weiteren Fragen, weshalb es dies nicht den Konsumenten gesagt habe, erwiderte er, daß dies kein Mensch thue. Der Angeklagte Ulrich sagte aus, er habe Graves als Kommunionwein dem Pfarrer Hans in Schöneberg geliefert. Als der Pfarrer diesen billigeren Wein verlangte, hätte er, Ulrich, geantwortet, er müsse dem Wein Wasser und Spirit zusetzen. Der Pfarrer habe darauf erwidert: für Bauern sei dies gut genug. Der Angeklagte hat den Graves in Fäßchen von 10 Liter an Geistliche geliefert. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden die Sachverständigen vernommen. Diese, sämtlich Weinhandler aus deutschen Gauen, behaupten, daß die Weinverschmitt und Zusage von Wasser und Spirit, sowie die Druffverwertung notwendig und in Weinhandlungen gebräuchlich seien, weil französische Weine zu den billigen Preisen nicht geliefert werden könnten. Der Staatsanwalt beantragt, Herrn Bostmaier vom Hause Oswald Rier in Berlin zu vernehmen, der das Gegentheil betrefse der französischen Weine begutachten wolle. Bostmaier theile keineswegs das Gutachten der als Sachverständige vernommenen Weinhandler bezüglich der französischen Weine. Die Angeklagten und Vertheidiger protestiren lebhaft gegen den Antrag des Staatsanwalts, die Sachverständigen schütteln die Köpfe, im Saale herrscht Unruhe. Der Gerichtshof beschließt die Ablehnung des Antrages, da acht Sachverständige anwesend seien, deren Gutachten der neuerdings vorgeschlagene Sachverständige nicht umstoßen könne. Die Sachverständigen gaben ihr Gutachten im Wesentlichen zu Gunsten der Angeklagten ab und wurden heute auch sämtliche Angeklagte freigesprochen.

— Wie seltsam und abgeschmackt der Aufwand an den Höfen des Großmoguls in Indien vor Zeiten war, läßt sich aus folgendem Berichte des Sir Thomas Roe vom Jahre 1615 ersehen: „Bei feierlichen Gelegenheiten sah man Sr. Majestät mit Diamanten, Perlen und Rubinen nicht nur bedeckt, sondern völlig überladen. Selbst die Elephanten, die mit der Prozession Parade machten, waren nicht nur mit reichlich vergoldetem Sattelzeug versehen, sondern noch dazu mit den kostbarsten Juwelen am Vorderkopfe ausgeschmückt. Wenn der Monarch seinen Geburtstag feierte, so bewand seine Hauptergöhllichkeit darin, daß er zwei Schachteln, die eine voll Rubinen und die andere voll Gold- und Silbererbsen, vor seinen Ministern auf den Boden umherstreute, worauf dann die hohen Diener Sr. Majestät wie die Kinder um Zuckerkugeln sich hinwarfen und sie aufsaßen. Zu anderen Zeiten ergöhte sich der Fürst damit, daß er sich im größten Staate auf die Wagschale stellte und sich zuerst gegen Rupien, dann gegen Gold und Juwelen, oder gegen reiche Kleider und Gewürze und endlich gegen Korn, Mehl und Butter aufwiegen ließ. Vergleichen Ergöhllichkeiten beschloß man dann gewöhnlich, indem man sich auf's Unmögliche verausachte.“

Verantwortlicher Redakteur: B. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Bremen, 9. März. Der Lloyd-Dampfer „Rhein“ ist bei Baltimore an Grund gerathen.

Rom, 9. März. Die aus Massowah gemeldet wird, ist Salimbent am 1. März nach Amata abgereist. Die Lage ist unverändert. Eine Operation gegen Massowah scheint ausgeschlossen.

Lissabon, 9. März. In der Grenzstreitigkeit zwischen Portugal und Sanstbar hat die portugiesische Regierung in Folge der freundschaftlichen Vermittelung Deutschlands dem Gouverneur von Mozambique telegraphischen Befehl erteilt, die Feindseligkeiten gegen Sanstbar einzustellen und einen mit Beschlag belegten Dampfer des Sultans freizugeben, nachdem letzterer der ursprünglichen Forderung Portugals entsprechend einen Kommissar zur Regelung der streitigen Grenzfragen ernannt hatte.

Petersburg, 8. März. Die „Nowoje Wr.“ erzählt, daß die Einführung des Tabakmonopols prinzipiell beschlossen sei.

Newyork, 9. März. Ein in Boston aufgegebenes, an den Prinzen von Wales adressirtes Paket wurde, weil es nicht frankirt war, auf dem Postamt in Washington zurückgehalten und geöffnet. Dasselbe enthielt eine in Watte gefüllte Glasröhre mit einer weißen Flüssigkeit, durch welche zwei Drähte hindurchliefen. Der Inhalt der Röhre wird gegenwärtig durch Sachverständige analysirt.